

Interpellation betr. Durchführung einer gemeinsamen Aufklärungskampagne durch Haus- und Kinderarzt-Organisationen mit dem Gesundheitsdepartement zur optimalen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und zur Entlastung der Notfallstationen

Es ist eine bekannte Tatsache: die Notfallstationen im Universitätsspital (USB) und im Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) sind zu oft zu stark frequentiert. Patientinnen und Patienten ohne medizinisch schwerwiegende Befunde, welche notfallmässige Behandlung erfordern, verursachen einen hohen Aufwand. Die Folge sind lange Wartezeiten, mit daraus resultierender Ungeduld und Aggression der Patienten und deren Angehörigen gegenüber dem Personal, Überlastungen des Personals und hohe Kosten für die Versicherer und den Kanton.

Obwohl bereits Anstrengungen unternommen worden sind, um die Bevölkerung dahingehend aufzuklären, dass bei nicht bedrohlichen Krankheiten oder leichten Verletzungen eine Hausarzt- oder Kinderarzt-Praxis aufgesucht werden sollte, sind die Notfallstationen des USB und des UKBB oft übervoll. Die bisherigen Anstrengungen zur entsprechenden Aufklärung der Bevölkerung sind offensichtlich ungenügend.

Besonders dem nicht nur wegen der Corona-Pandemie sehr belasteten Personal in den Spitälern wäre sehr gedient, würden weniger Patientinnen und -Patienten als Notfälle ins Spital kommen, wenn kein Grund dazu gegeben ist. Wenn stattdessen eine ambulante Behandlung in einer Hausarzt- oder Kinderarzt-Praxis erfolgt, wirkt dies überdies kostensenkend.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation hinsichtlich Frequentierung der Notfallstationen des USB und des UKBB auch für korrekturbedürftig?
2. Hält er eine gemeinsam durch Organisationen der Haus- und Kinderärzte mit dem Gesundheitsdepartement vorzubereitende und durchzuführende Informationskampagne der Bevölkerung für tauglich, die negativen Folgen von unnötigen Besuchen der Notfallstationen im USB und im UKBB zu vermeiden oder zu reduzieren?
3. Ist der Regierungsrat bereit, Zielgruppen für eine solche Informationskampagne – auch in der ausländischen Bevölkerung – zu definieren und in geeigneter Form anzugehen?
4. Können in der Elternberatung und in den ersten Jahren der Primarstufe gezielt Informationen zum Aufsuchen von Kinderarzt-Praxen im Bring-System erfolgen?
5. Kann die Gruppe der Erwachsenen auf die Vorteile des Besuchs von Hausarzt-Praxen im Bring-System aufmerksam gemacht werden?
6. Sieht der Regierungsrat andere Möglichkeiten, die Notfallstationen der beiden Spitäler zu entlasten?